expertenReport



Quelle: Union Investment

# Finanzbildung: Junge Generation nimmt Eltern aus der Pflicht

Michael Fiedler

**Wer soll jungen Menschen den Umgang mit Geld beibringen? Während die Babyboomer vor allem die Familie verantwortlich sehen, setzt die Generation Z deutlich stärker auf Schule und Staat. Eine Studie von Union Investment zeigt, wie unterschiedlich die Generationen über Finanzbildung denken – und wo sie Defizite sehen.**

## Gen Z setzt stärker auf Schule und Staat

Über alle Altersgruppen hinweg sehen 52 Prozent die Familie in der Hauptverantwortung für die Finanzbildung von Kindern und Jugendlichen. 14 Prozent nennen die Schule, 16 Prozent den Staat. Bei der Generation Z verschieben sich diese Gewichte deutlich. Von den 16- bis 29-Jährigen sehen lediglich 27 Prozent die Eltern und die Familie in der Hauptverantwortung. 26 Prozent nennen die Schule und 22 Prozent die Bildungspolitik. Bei den Babyboomern zwischen 62 und 79 Jahren ist das Bild ein anderes: Hier weisen 64 Prozent die Hauptverantwortung der Familie zu. „Die Ergebnisse zeigen: Die Familie bleibt die erste Adresse, wenn es um Finanzbildung geht. Die junge Generation nimmt Schule und Bildungspolitik aber deutlich stärker in die Pflicht“, erklärt Kerstin Knoefel, Geschäftsführerin bei Union Investment. Finanzbildung werde damit zur gemeinsamen Aufgabe von Familie, Schule und Gesellschaft.

## Ältere beurteilen schulische Finanzbildung besonders kritisch

Die Studie zeigt außerdem, dass die Vermittlung von Finanzwissen in der Schule keineswegs durchweg positiv bewertet wird. Dabei fällt die Einschätzung mit zunehmendem Alter kritischer aus. Unter den 16- bis 29-Jährigen halten 37 Prozent die schulische Finanzbildung für eher nicht oder überhaupt nicht ausreichend. Bei den Millennials sind es 45 Prozent, bei den Babyboomern sogar 56 Prozent. Die Ergebnisse beschreiben allerdings die Einschätzungen der Befragten und keine objektive Messung der Qualität des Finanzunterrichts.

## Verträge, Versicherungen und Miete gehören auf den Stundenplan

Was müsste sich ändern, damit junge Menschen besser auf finanzielle Entscheidungen vorbereitet werden? Die Befragten, die vor allem die Schule in der Verantwortung

sehen, setzen auf praktische Inhalte. 51 Prozent wünschen sich geeignete Unterrichtsmaterialien mit alltagsnahen Beispielen. Dazu gehören etwa Mietverträge, Versicherungen oder andere finanzielle Verpflichtungen. 49 Prozent sprechen sich dafür aus, Finanzbildung fest im Lehrplan zu verankern. 43 Prozent befürworten praktische Projekte, beispielsweise die Führung eines Haushaltsbuchs oder die Erstellung einer Budgetplanung. Kooperationen mit externen Partnern wie Finanzexperten oder Banken nennen 27 Prozent. Ebenso viele wünschen sich mehr Materialien, mit denen Eltern ihre Kinder zu Hause unterstützen können. „Finanzbildung sollte zum Startkapital jedes jungen Menschen gehören“, sagt Knoefel. Eltern spielten bei der Wissensvermittlung eine wichtige Rolle, sollten diese Aufgabe aber nicht allein tragen. Schulen benötigten alltagsnahe Materialien und praktische Lernangebote. Die Bildungspolitik müsse dafür einen verlässlichen Rahmen schaffen. Auch die Wirtschaft sieht Knoefel in der Verantwortung, Finanzwissen verständlich und praxisorientiert zu vermitteln.

Für die Versicherungs- und Finanzwirtschaft ist dabei besonders interessant, dass Verträge und Versicherungen ausdrücklich zu den gewünschten Unterrichtsinhalten gehören. Die Studie macht damit deutlich, dass Finanzbildung aus Sicht vieler Befragter nicht erst beim Sparen und Investieren beginnt, sondern bereits beim Verständnis alltäglicher finanzieller Verpflichtungen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport

https://www.experten.de/id/4953120/Finanzbildung-Junge-Generation-nimmt-Eltern-aus-der-Pflicht/